



CDU & **Freie Demokraten**
FDP

CDU / FDP Gruppe im Rat der Stadt Melle

Vorsitzender:

Harald Kruse

Gesmolder Str. 202a
49326 Melle

Tel: (05422) 3531

Email: harald.kruse@osnnet.de

H. Kruse, Gesmolder Str. 202a, 49326 Melle

Stadt Melle

Herrn Bürgermeister

Reinhard Scholz

Schürenkamp 16

49324 Melle



Melle, 28.12.2020

Antrag auf Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Melle, Festlegung von Ausbaustandards für Stadtstraßen, Erstellung einer Prioritätenliste für Straßenausbauten nebst Klärung von Erschließungsbeitragspflichten und ein Moratorium für Straßenausbauten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz,

die CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Melle beantragt, dass der Rat der Stadt Melle in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss fassen möge:

1. Die Satzung der über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Melle wird aufgehoben. Hierfür beschließt der Rat der Stadt Melle die dem Antrag der UWG-Fraktion vom 27.02.2020 beigefügte Aufhebungssatzung.
2. Der Rat der Stadt Melle setzt eine Arbeitsgruppe ein, die folgende Zielsetzungen hat:
 - a) die Erarbeitung von einheitlichen Standards für zukünftig auszubauende Stadtstraßen;
 - b) die Erarbeitung von Kriterien für eine Prioritätenliste für den Ausbau städtischer Straßen;
 - c) die Erarbeitung einer konkreten Prioritätenliste für den zukünftigen Ausbau von Stadtstraßen sowie vorgelagert die Erarbeitung von tauglichen Kriterien, unter denen insbesondere der aktuelle Zustand der jeweiligen Straße unter besonderer Berücksichtigung etwaiger aktueller Sicherheitsrisiken durch Beschädigungen, ihre Nutzungsintensität und ihre Relevanz für die Schulwege Beachtung finden.
3. Neben der Erstellung einer Prioritätenliste wird die Verwaltung beauftragt, eine Auflistung aller Straßen im Stadtgebiet zu erstellen, die noch nicht ersterschlossen und damit ggf. erschließungsbeitragspflichtig wären.

4. Der Rat der Stadt beschließt zunächst ein Moratorium für alle derzeit für den Ausbau geplanten Straßenausbaumaßnahmen, die sich noch nicht in der Umsetzung befinden. Nach Definition der Ziele gem. Ziff. 2 werden dann die Maßnahmen nach der Prioritätenliste abgearbeitet. Sämtliche Maßnahmen stehen dabei grundsätzlich unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Begründung

Der Rat der Stadt beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit dem Thema der Straßenausbaubeiträge. Zuletzt hat es in der Sitzung des Rates der Stadt Melle am 15. Juli 2020 keine Mehrheit für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gegeben. Danach ist ebenso ein Antrag der CDU/FDP-Gruppe zu einer Abmilderung der Straßenausbaubeiträge ohne Mehrheit geblieben.

Die CDU/FDP-Gruppe hat bereits in der Sitzung am 15. Juli 2020 deutlich gemacht, dass es keine grundsätzliche Ablehnung einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gibt. Voraussetzung für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist für die CDU/FDP-Gruppe, dass sichergestellt ist, dass zukünftige Entscheidungen hinsichtlich Ausbaumaßnahmen an objektiven und transparenten Kriterien orientiert sind. Aus Sicht der CDU/FDP-Gruppe ist unter diesen Kriterien insbesondere zu berücksichtigen,

- in welchem Zustand sich eine Straße derzeit befindet,
- inwieweit mögliche Gefahren ohne eine Straßenbaumaßnahme entstehen könnten,
- inwieweit die Straße auch von Radfahrern genutzt wird und in diesem Zusammenhang insbesondere Schulwegrelevanz hat sowie
- in welchem Umfang die Straße insgesamt genutzt wird.

Aus diesen Kriterien ist für zukünftige Straßenbaumaßnahmen eine konkrete Prioritätenliste zu erstellen. Damit für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger auch finanzielle Planungssicherheit besteht, sollte zumindest hinsichtlich der Straßen auf der Prioritätenliste zudem frühzeitig durch die Stadt ermittelt werden, ob diese Straßen erschließungsbeitragspflichtig sind.

Neben der Prioritätenliste ist aus Sicht der CDU/FDP-Gruppe darüber hinaus erforderlich, dass vor weiteren Straßenbaumaßnahmen definiert wird, zu welchen Standards und Ausstattungsmerkmalen Stadtstraßen ohne die Erhebung von Beiträgen zukünftig ausgebaut werden, damit auch hier transparent und objektiv für alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar ist, warum welche Straße wo und wie ausgebaut wird.

Aus diesem Grund verbindet der vorliegende Antrag den Beschlussvorschlag der UWG-Fraktion mit den vorgenannten Zielen, die aus Sicht der CDU/FDP-Gruppe mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einhergehen müssen, um Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu vermeiden. Damit diese Maßnahmen tatsächlich auch wirksam umgesetzt werden, umfasst der Antrag darüber hinaus ein „Moratorium“. Hierbei ist noch zu diskutieren, wie mit geplanten aber noch nicht in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen umzugehen ist. Es besteht insofern bei der Beratung und Abstimmung dieses Antrags eine besondere gemeinsame Verantwortung aller Fraktionen, offensichtliche Ungerechtigkeiten zu vermeiden, die entstehen könnten, wenn in bestimmten Bereichen, ein Teil der betroffenen Anlieger Straßenausbaubeiträge bezahlen und ihre Nachbarn nicht.

Hinweis

Die Befassung der Ratsgremien mit diesem Antrag kann umgehend nach dem 15.01.2021 (Ende des Wiederbefassungsverbot) erfolgen. Wir bitten um Berücksichtigung in den Tagesordnungen der zuständigen Ausschüsse, des Verwaltungsausschusses und des Rates am 24.03.2021.

Freundliche Grüße

Harald Kruse, CDU/FDP-Gruppenvorsitzender

Heinrich Thöle, FDP-Fraktionsvorsitzender